Rheder Tollszeitung

Bezugspreis: 2,05 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeistereiämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 57 | Donnerstag, den 26. Februar 1931 | Jahrgang 1931

Blutige Krawalle am kommunistischen „Weltkampftag".

Geschäftsplünderungen und Zusammenstöße in Berlin.

Biergläser, Stühle und Schüsse aus dem Büro des Arbeitsnachweises auf die Schupo.

+ **Berlin**, 25. Febr.

Die für den heutigen Tag angekündigte große Aktion der kommunistischen Partei hat im Laufe des Vormittags zu einigen Zusammenrottungen in verschiedenen Stadtteilen Berlins geführt, die aber von der Polizei — teilweise unter Anwendung des Gummiknüppels — gesprengt werden konnten. So kam es z. B. vor und in den Arbeitsnachweisen in der Gormannstraße und in der Rückertstraße zu Ansammlungen. An der Ecke der Flora- und Berliner Straße in Pankow wurden ein Polizeioffizier und ein Wachtmeister beim Einschreiten gegen eine 20köpfige Menge angegriffen, konnten sich aber die Angreifer mit dem Gummiknüppel vom Leibe halten. Auch in Neukölln in der Berliner Straße bildete sich ein Zug von etwa 100 Personen, die „Hoch!"- und „Nieder!"-Rufe ausbrachten, aber beim Erscheinen der Polizei davonliefen.

In der Gormannstraße kam es zwischen 11½ und 12 Uhr mittags zu erneuten Zusammenrottungen. Zahlreiche Personen, die sich in den Räumen des Arbeitsnachweises befanden, bewarfen aus den Fenstern die unten Ordnung schaffenden Polizeibeamten mit Biergläsern und Stühlen und gaben auch einige Schüsse ab, durch die aber Beamte nicht verletzt worden sind. Die Polizei ging darauf energisch gegen die Ruhestörer vor, räumte die Zimmer des Arbeitsnachweises und gab schließlich eine Anzahl Schreckschüsse ab. Der Sachschaden ist erheblich. Die Demonstranten flüchteten in die anliegenden engen Straßen, kehrten aber, sobald die Polizei zurückging, immer wieder zum Arbeitsnachweis zurück, sodaß die Straße mehrfach geräumt werden mußte.

Heute mittag kam es in Pankow zu einem schweren Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Erwerbslosen und Schutzpolizei. Die Erwerbslosen versuchten einen Zug zu bilden, um nach Berlin zu marschieren. Polizeibeamte gingen mit dem Gummiknüppel vor. Dabei wurde ihnen heftiger Widerstand entgegengesetzt. Zwei Beamte wurden verletzt, ein Oberwachtmeister, der einen Messerstich in die rechte Hand erhielt, und ein Oberleutnant, der Hiebe mit einem Schlagring im Gesicht davontrug. Es gelang, vier der Täter festzunehmen, die der Abteilung 1a zugeführt wurden.

Gegen ½1 Uhr mittags versuchten etwa 150 bis 200 Erwerbslose auf dem Privatmarkt am Humann-Platz zu plündern; bei der Abwehr der Plünderungsversuche wurden zwei Polizeibeamte leicht verletzt. Zwangsgestellungen erfolgten nicht. Die Ruhe konnte bald wieder hergestellt werden. Gegen ¾12 Uhr bildeten sich in der Rückertstraße Ansammlungen, bei denen die Polizeibeamten beschimpft und mit Steinen beworfen wurden. Die Ansammlungen wurden zum Teil mit dem Polizeiknüppel zerstreut.

Gegen 12 Uhr mittags drangen etwa 15 junge Burschen in einen Schlächterladen in der Lindenstraße mit dem Rufe „Wir haben Hunger!" ein und stahlen für etwa 200 RM. Würste, mit denen sie die Flucht ergriffen. Das inzwischen herbeigerufene Ueberfallkommando verfolgte die Täter und nahm fünf von ihnen fest. In der Linden-, Reinickendorfer-, Invaliden- und Müllerstraße drangen unbekannte Burschen in die Geschäfte ein und raubten ausliegende Wurstwaren von den Ladentischen.

Auch in den ersten Nachmittagsstunden kam es in verschiedenen Gegenden Berlins zu Zwischenfällen mit Erwerbslosen. In einer Anzahl Lebensmittelgeschäfte in verschiedenen Teilen der Stadt, zumal im Norden, Osten und in Neukölln, drangen Erwerbslose ein und entwendeten kleinere Mengen Lebensmittel.

In der Weddingstraße wurde am Nachmittag ein Kommunistenlokal, in dem sich große Trupps Erwerbsloser aufgehalten hatten, von der Polizei ausgehoben. 51 Erwerbslose wurden der Abteilung 1a zugeführt.

Im Osten der Stadt kam es am Nachmittag zur Plünderung von zwei Lebensmittelgeschäften. Gegen Abend mußte in der Leipziger Straße, nahe am Potsdamer Platz, ein Demonstrationszug von etwa 80 Erwerbslosen von der Polizei aufgelöst werden. Zugleich kamen auch aus verschiedenen Teilen des Westens Meldungen, daß größere oder kleinere Trupps sich auf dem Anmarsch in diese Bezirke befänden. Die Polizei hat die notwendigen Vorkehrungen getroffen.

★

Im Ruhrgebiet bis zum Abend alles ruhig.

)(**Essen**, 25. Februar.

Aus den Mitteilungen der einzelnen Polizeipräsidenten ergibt sich, daß im Ruhrgebiet bis jetzt alles ruhig ist; jedoch finden die Demonstrationen der Erwerbslosen in den Städten erst am Abend statt.

★

Mehrere Verletzte in Köln.

!! **Köln**, 25. Februar.

Die Polizei sah sich heute in den Abendstunden gezwungen, gegen Demonstrationszüge von Erwerbslosen, die sich im Zentrum der Stadt gebildet hatten, mit dem Gummiknüppel einzuschreiten. Von den Demonstranten wurde mit Steinen geworfen, wobei mehrere unbeteiligte Passanten z. T. nicht unerheblich verletzt wurden. Ein Polizist wurde leicht verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

★

Blutige Krawalltage in Göttingen.

:: **Göttingen**, 25. Februar.

Nachdem bereits am 23. Februar abends ein Stahlhelmangehöriger und ein Nationalsozialist von Kommunisten überfallen und schwer verletzt worden waren, dauerten die Unruhen auch den ganzen gestrigen Tag an. Die Kommunisten versuchten das Parteibüro der Nationalsozialisten zu stürmen. Die Polizei mußte wiederholt mit dem Gummiknüppel einschreiten. Am Vormittag und am Nachmittag wurden je ein Nationalsozialist leicht verletzt. Gegen 4 Uhr nachmittags kam es zu einer Schlägerei auf der Straße, wobei von den Kommunisten geschossen wurde. Eine Person erlitt schwere Verletzungen. Eine von den Nationalsozialisten in einen Saal einberufene Versammlung verlief ruhig, jedoch wurden im Anschluß hieran abmarschierende Nationalsozialisten von den Kommunisten beschossen. Bei der sich entwickelnden Schlägerei wurde ein Kommunist leicht und zwei Nationalsozialisten schwer verletzt. Als in später Nachtstunde die Polizei auf der Geismarer Landstraße einen etwa 150 Mann starken kommunistischen Zug auflösen wollte, wurde sie ebenfalls beschossen. Die Polizei räumte die Gegend von den Demonstranten, die einige Leichtverletzte mit sich führten. An beiden Tagen wurden insgesamt sieben Personen schwer verletzt.

★

Tote und Verwundete in Leipzig.

❦ **Leipzig**, 25. Februar.

Im Anschluß an eine von den Kommunisten einberufene Versammlung wurde in Leipzig-Volkmarsdorf versucht, trotz des ausdrücklichen Verbotes einen Zug zu bilden. Ein Kommando Schutzpolizei, das dagegen einschreiten wollte, wurde von den Kommunisten angegriffen und mit Steinen, Briketts und ähnlichem beworfen. Auch sollen aus den Reihen der Angreifer Schüsse gefallen sein, sodaß die Beamten selbst zur Schußwaffe greifen mußten. Die genaue Zahl der Toten und Verletzten steht noch nicht fest. Doch sollen, wie vom Polizeipräsidium erklärt wird, drei Personen getötet und acht verwundet worden sein. Eine genaue Schilderung der Vorfälle läßt sich erst geben, wenn die Ruhe wiederhergestellt ist.

In Dresden wurden kleine Ansammlungen mühelos zerstreut. In den ersten Nachmittagsstunden schritt die Polizei am Sternplatz und in umliegenden Straßen mehrmals mit dem Gummiknüppel ein; einige Erwerbslose wurden festgestellt.

★

Kommunisten-Ausschreitungen in Saarbrücken und Neunkirchen.

◇ **Saarbrücken**, 25. Februar.

Bei dem heutigen kommunistischen „Weltarbeitslosentag" kam es auch in Saarbrücken zu Unruhen, die von der Polizei und den Landjägern nur mit Mühe unterdrückt werden konnten. Tausende von Erwerbslosen versuchten, sich auf dem Beethovenplatz zu einem Zuge zu versammeln, wurden jedoch von der Polizei und den Landjägern in die angrenzenden Straßen gedrängt, die sie johlend und schreiend durchzogen, während kleinere Trupps immer wieder einen Zug zu bilden versuchten, was immer wieder von der Polizei und den Landjägern verhindert wurde. Dabei kam es wiederholt zu Zusammenstößen, wobei die Polizei die Gummiknüppel zur Anwendung brachte; viele Erwerbslose erlitten dabei Verletzungen. Viele Personen wurden verhaftet. Die Erregung der Menge machte sich in schweren Beschimpfungen der Polizei Luft.

Größeren Umfang nahmen die Unruhen in Neunkirchen an. Dort rotteten sich mehrere tausend Arbeitslose zusammen, um einen Demonstrationszug zu veranstalten. Als die Polizei und die Landjäger einschritten, rissen die Arbeitslosen an mehreren Stellen das Pflaster auf und bewarfen die Beamten mit Steinen. Darauf zogen die Schutzmannschaft und die Landjäger blank und trieben die Menge auseinander. Auch hier wurden mehrere Demonstranten aber auch viele Beamte verletzt und viele Personen verhaftet.

★

Auch in München muß blank gezogen werden.

:: **München**, 25. Februar.

Trotz des Verbots, Versammlungen und Demonstrationen abzuhalten, veranstalteten die Erwerbslosen in den Abendstunden mehrere Demonstrationszüge von größerer Stärke. Die Polizei griff sofort an den betreffenden Stellen ein. Die Demonstranten bewarfen die Schutzleute mit Steinen und Eisstücken, sodaß die Polizei blankziehen mußte, um Ordnung zu schaffen. Zwei Personen wurden festgenommen.

★

Nach Meldungen aus dem Auslande sind die kommunistischen Kundgebungen in Wien, Budapest und in Frankreich im allgemeinen ruhig verlaufen. Nachrichten über Krawalle liegen aus dem Auslande nicht vor.

Der Besuch katholischer deutscher Politiker in Paris.

Unrichtige Behauptungen.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 25. Februar. (Drahtb.)

Die Rechtspresse hat wieder einmal eine ganz fürchterliche Entdeckung gemacht. Sie weiß davon zu berichten, daß Reichskanzler Dr. Brüning in Paris eine Niederlage erlitten habe. Denn es seien, wie es in den Hugenbergblättern heißt, die Verhandlungen, die der Reichskanzler unter der Hand in Paris habe führen lassen, vollständig gescheitert. In der „Nachtausgabe" heißt es dann u. a. weiter:

„Von einiger Zeit haben sich in Paris als Vertreter des Zentrums der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichstagsabg. Joos und der Generalsekretär des Zentrums Dr. Vockel aufgehalten. Sie haben mit Mitgliedern des französischen Kabinetts mehrfach über Abrüstungsfragen und die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung verhandelt. Der Besuch, der sehr geheimnisvoll durchgeführt wurde, hat, wie selbst verständigungsfreudige deutsche und französische Zeitungen jetzt zugeben, keinerlei Ergebnis gehabt. Man scheint den Vertretern des Zentrums klar gemacht zu haben, daß langfristige französische Kredite für Deutschland nicht in Betracht kommen, daß an eine größere französische Anleihe für Deutschland nicht zu denken sei und auch auf irgendein Entgegenkommen in der Rüstungsfrage nicht gerechnet werden könne."

Zu diesen phantastischen Behauptungen über Sinn, Zweck und angebliche Ergebnisse des Besuches von deutschen Katholiken in Paris haben wir von einem Teilnehmer an dem Pariser Besuch folgende authentische Mitteilung erhalten:

„Man sieht, daß die „nationale Opposition" zur Zeit nichts zu tun hat. So muß sie sich auf Kombinationen verlegen. Was mit der Miene der Orientiertheit über den Inhalt der Besprechungen von Katholiken in Paris andeutungsweise herumgeraunt wird, ist Geschwätz. Wenn katholische Kräfte hüben und drüben, denen an einer deutsch-französischen wie an einer europäischen Verständigung wirtschaftlich oder politisch gelegen ist, privat zusammenkommen und miteinander überlegen, was zum besseren Verständnis möglich ist, so ist das zunächst ihre eigene und zum andern eine vom vaterländischen Standpunkt aus gesehene verdienstvolle Sache. In welchem Geist solche Unterhaltungen vor sich zu gehen pflegen, das ist anläßlich der letzten Austauschkonferenz im Dezember 1929 der breiten Oeffentlichkeit bekannt geworden. Die deutsche Presse hat darüber berichtet und die Verhandlungen sind im Wortlaut in der Zeitschrift „Europa nouvelle" vom 8. März 1930 veröffentlicht worden.

Wenn nun einige von den Teilnehmern jener Besprechungen (Dr. Brauns, Dr. Vockel, Joos, von Papen, Dr. Respondek) letzthin dem Wunsch französischer Freunde zu einem Austausch in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notzeit folgten, so ist das ein ganz selbstverständlicher Vorgang. Von „Schwarzpolitik" oder „unbefugter Diplomatie" und derlei Dingen kann nur jemand reden, der von Mißtrauen geplagt ist und gerne wissen möchte, was er nicht weiß. Natürlich liegt keinerlei Veranlassung vor, eine unsaubere Neugierde zu befriedigen."

Die Vertreter deutscher katholischer Kreise, die unlängst in Paris mit Freunden sich unterhalten haben, sind bekannte Politiker. Sie bieten für ihre Person Garantie genug, daß sie bei solchen Anlässen im Rahmen ihrer selbstverständlichen Kompetenz bleiben und nur das eine Ziel im Auge behalten: ihrem Vaterland zu nützen. Nur diejenigen, die auf Volksentzweiung, auf wirtschaftliches und politisches Chaos in Deutschland wie in Europa spekulieren, können ein Interesse daran haben, einen solchen Anlaß zum Ausgangspunkt politischer Verdächtigung haltloser Kombinationen und verderblicher Klatschereien zu machen.

Tagesfragen.

Die Finanznot der Gemeinden. Die finanzielle Notlage der Gemeinden, die durch die große Arbeitslosigkeit und die daraus folgende starke Zunahme der Wohlfahrtsempfänger sich allgemein, wenn auch nicht überall gleich verschlimmert hat, drängt zu entscheidenden Maßnahmen. Insbesondere in den Industriegemeinden, in den kleinen nicht minder als in den großen, weiß man mit dem besten Willen nicht mehr, wie man der finanziellen Ansprüche, die sich aus gesetzmäßig bedingten, zwangsläufigen Ausgaben ergeben, Herr werden soll. Weder geht es an, die Realsteuern noch mehr heraufzusetzen, noch kann man die Bürgersteuer verzehn- oder verfünfzehnfachen, wie es in zahlreichen Kommunen nötig sein würde, um das vorhandene und zu erwartende Defizit abzudecken. Gewiß kann man nicht sagen, daß diese schwierige Lage allein durch die allerdings im letzten Jahre ungeheuer angestiegenen Wohlfahrtsausgaben entstanden ist, es müssen jetzt auch die Folgen früherer Fehler, früherer Ueppigkeit, die heute in prächtigen, nach der Inflationszeit aufgeführten Bauten und sonstigen Anlagen uns zum Bewußtsein kommen, mitgetragen werden. Ueber diese Sünden und andere, die beispielsweise bei Eingemeindungen begangen worden sind, heute noch ein langes Lamento anzustimmen, ist indessen zwecklos. Umsomehr aber verlangt die Gegenwart und nahe Zukunft alle Aufmerksamkeit und Ueberlegung. Am heutigen Donerstag werden der Gemeindeausschuß und der Finanzausschuß des Preußischen Staatsrates eine gemeinsame Sitzung abhalten, in der dieses Problem behandelt werden soll. Sie haben den Finanzminister und den Innenminister gebeten, sich dazu zu äußern, wie sie den aus der Finanznot den Gemeinden erwachsenden Gefahren begegnen wollen. Aus Berlin wird uns nun aber gemeldet, daß der preußische Finanzminister nur die Auskunft geben wird, daß ihm keine Mittel für eine durchgreifende Hilfe zur Verfügung stehen. Wir haben allerdings Anlaß, einer solchen Auskunft von vornherein mit starkem Zweifel zu begegnen. Der preußische Finanzminister könnte, soweit wir unterrichtet sind, sehr wohl 150 bis 160 Millionen Mark aus Ersparnissen für die Gemeinden zur Verfügung stellen. Leere Taschen zu zeigen, ist zwar sehr bequem, aber nicht jedermann schenkt solcher Mimik Glauben. Parallel mit den Verhandlungen im Staatsrat laufen übrigens Bemühungen des Städtetages, die ebenfalls den Zweck haben, eine Klärung darüber herbeizuführen, wie weit Hilfe des Staates und des Reiches möglich ist. Diese Bemühungen dürften eine Reihe von Tagen in Anspruch nehmen. Ihre Aussichten werden natürlich ebenfalls in den sogenannten unterrichteten politischen Kreisen sehr skeptisch beurteilt. Als besonders schwierig wird die Lage der Stadt Berlin geschildert. Es verlautet, daß die Reichshauptstadt über eine halbe Milliarde kurzfristiger Schulden hat, von denen in den nächsten Wochen und Monaten etwa die Hälfte abzudecken ist. Bezeichnenderweise wird aber von der Seite, die dies verlauten läßt, hinzugefügt, es sei anzunehmen, daß für Berlin in der nächsten Zeit besondere Verhandlungen stattfinden werden, um eine Erleichterung herbeizuführen. Die halbe Milliarde kurzfristiger Schulden ist gewiß kein Pappenstiel. Auch an einem hohen Prozentsatz Erwerbsloser fehlt's in der Reichshauptstadt nicht. Dafür sind aber ihre Realsteuern gegenüber den Gemeinden im Westen erheblich niedrig. Und diesen Gemeinden, die zusammen ein paar Millionen Arbeitslose mit ihren Angehörigen vor dem Verhungern zu bewahren haben, kann man darum an den zuständigen Stellen in Berlin umsoweniger die kalte Schulter zeigen. Die Unterhaltung der Arbeitsopfer der Wirtschaftskrise ist eine Angelegenheit, die man nach der Beendigung der Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge nicht länger mehr allein den Gemeinden mit ihren relativ geringen Einnahmemöglichkeiten überlassen kann. Der Aufteilung des Steueraufkommens unter Reich, Ländern und Gemeinden muß auch eine Drittelung hinsichtlich der Erwerbslosenunterstützung entsprechen. Die Gemeinden haben ihre Leistungsfähigkeit längst überschritten. Wenn Dortmund, die Spitzenreiterin unter den westdeutschen Kommunen, hinsichtlich der Realsteuerzuschläge, 450 Prozent Grundvermögenssteuer, 900 Prozent Gewerbeertragsteuer und 3600 Prozent Lohnsummensteuer erhebt und die übrigen Gemeinden sich ohne größere Spannen mit ihren Steuersätzen anschließen, und wenn dann jetzt bei der Beratung der neuen Haushaltsvorschläge überall bis hoch in die Millionen gehende Fehlbeträge sich den meist noch vom Vorjahr vorhandenen Fehlbeträgen hinzugesellen, wenn keine Möglichkeit besteht, noch mehr aus den Kommunalsteuerzensiten herauszuholen, dann können die Hauptsteuereinnehmer innerhalb der deutschen Grenzpfähle, das Reich und die Länder, obwohl sie gewiß selbst auch im Druck sind, sich nicht als unbeteiligt hinstellen. Sie müssen helfen. Die von uns vorgeschlagene Dreiteilung der Wohlfahrtslasten aber, die bei gutem Willen möglich ist, würde für die Kommunen eine solche Hilfe bedeuten, eine Hilfe, die fühlbar wäre und bei größter Sparsamkeit ein weiteres Durchhalten in dieser jammervollen Zeit wenigstens zur Not sichern würde, freilich auch nur auf der Grundlage des Etats

markt

Kath. Landwirtstochter 23 J. alt, welche schon in bess. Hause tätig war, sucht zum 1. od. 15. März Stelle in Küche u. Haushalt. Off. unt. R 275 an die Dülmener Zeitung in Dülmen i. W.

Suche zu sofort oder später Stelle als Herrenfriseur und Bubikopfschneider bei bescheid. Ansprüchen Offerten erbeten an: Haltern i. Westf., Augustusstraße 15.

Langjähriger Gutsverwalter kath., 32 J. alt, prakt. u. theoret. gebildet, u. mit reich. Erfahr., sucht zu April od. spät. pass. Stelle. Mittl. Betrieb, wo Besitzer fehlt, oder Gastwirtsch. mit Landwirtsch. auch angenehm. Nur beste Zeugn. Ang. unt. D 165 a. d. Anz.-Verw. d. Zeno. Münster.

Kath. Landwirtssohn, 21 Jahre, sucht Stelle als Knecht zum 1. oder 15. April. Näh. in der Expedition der Dülmener Zeitung, Dülmen i. W.

Kath. Landwirtssohn, 22 J., bish. 6 Jahre in fremd. Betrieb tätig, 2 Semest. Landwirtsch.-Schule absolviert, sucht z. Frühjahr Stelle als Volontär oder Stütze auf mittlerem intensiv bewirtschafteten Gute (Um ed. Dorsten oder Borken), bei Familienanschl. Es wird mehr Wert auf gute Behandl. u. weit. Ausbild. als auf hohes Gehalt gelegt. Gefl. Angeb. unt. Z 276 an Dorstener Volkszeitung in Dorsten.

für 1930, der bekanntlich auch schon fast überall als ein wahrer Notetat hingestellt worden ist.

★

Der Exzellenz-Titel für die Bischöfe. Durch ein Dekret der Zeremonialkongregation vom 31. Dezbr. 1930, von dem man in voriger Woche durch den „Osservatore Romano" erfuhr, hat der Papst den Exzellenztitel allen Erzbischöfen und Bischöfen, die Weihbischöfe eingeschlossen, verliehen. Diesen Titel führten bisher in der Kirche nur die Patriarchen des lateinischen und orientalischen Ritus, ferner vier Prälaten, die an der römischen Kurie nach den Kardinälen den höchsten Rang einnehmen, nämlich der Vizekämmerer, der Generalauditor, der Generalthesaurar der Apostolischen Kammer und der Oberhofmeister des Heiligen Vaters, außerdem die Nunzien und Internunzien. Wir Deutschen, die wir mit soviel Sorgen und Lebensfragen den Kopf angefüllt haben und außerdem eine Reichsverfassung unser eigen nennen, die Ordens- und Titelverleihungen untersagt, haben heute, ganz allgemein gesprochen, für Titelsorgen und Knopflochschmerzen nur noch verzweifelt wenig Verständnis, und fast wie ein Märchen kommt es uns vor, daß es etwa vor zwölf Jahren noch sehr honorige deutsche Männer gegeben hat, die in der Erlangung solcher — wie uns heute scheint — Nebensächlichkeiten wichtige Lebensziele sahen und gar deswegen schlaflose Nächte verbrachten. Das erwähnte päpstliche Dekret wird also wohl bei manchem unter uns einige Verwunderung erregen. Nun aber handelt es sich in diesem Falle nicht um die Stillung bischöflicher Titelschmerzen, sondern um einen wohlbedachten Entschluß des Papstes. Der Freiburger Professor Dr. Hilling betont in der „Kölnischen Volkszeitung" mit Recht, daß hier nicht ein persönlicher Ehrentitel verliehen wird, sondern daß es dem Papste auf eine stärkere Hervorhebung der überragenden Würde des betreffenden kirchlichen Amtes angekommen ist. Man könnte nun aber wohl noch einwenden, daß den deutschen Bischöfen und Erzbischöfen, für die ja als deutsche Staatsbürger auch die Reichsverfassung gelte, die Annahme des Exzellenztitels nicht gestattet sei. Da aber bekanntlich die päpstlichen Orden nicht unter die Kategorie der ausländischen Orden fallen, deren Annahme Deutschen nicht gestattet ist, können auch solche vom Papst verliehenen Titel nicht davon berührt werden, und zwar um so weniger, als sie ja mit dem betreffenden kirchlichen Amt, dessen Bezeichnung und Verleihung allein Sache des Hl. Stuhles ist, aufs engste verbunden sind. Erwähnt sei auch noch, daß im Auslande der neue Titel für die Bischöfe schon nicht selten Brauch ist, wenn auch als Folge staatlich anerkannter Rangordnung. So werden die polnischen Bischöfe allgemein mit der Titulatur Exzellenz angeredet.

Hugenbergs Antwort an den Reichspräsidenten.

Demagogische Ausflüchte.

✓ **Braunschweig,** 25. Februar.

Bei einer Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei hielt der Parteiführer Dr. Hugenberg eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Der Herr Reichspräsident hat in Beantwortung einer Eingabe unseres Bauernführers Wege den Ruf an die Deutschnationalen gerichtet, sich an der Arbeit für die Landwirtschaft im Reichstag zu beteiligen, d. h. in den Reichstag zurückzukehren. Der Herr Reichspräsident wird von seiner Umgebung nicht zutreffend unterrichtet. Das war beim Youngplan so, das war bei der Bildung der Regierung Brüning so, das ist leider auch heute so. Wir haben es stets für verhängnisvoll gehalten, daß die Regierung Brüning sich als „Hindenburg-Kabinett" ausgab und für ihre fehlerhafte Politik Schutz und Deckung hinter der Person des Reichspräsidenten suchte. (Dieses sind Behauptungen Hugenbergs, für die jeder Beweis fehlt. Die Redaktion.) Das beschwört die Gefahr herauf, daß die Autorität des von uns verehrten Reichspräsidenten abgenutzt wird.

Die letzten Ausführungen des Ministers Schiele im Reichstag beweisen, daß auch in den Zollfragen wieder das seit einem Jahre gewohnte Kulissenspiel fortgesetzt werden soll: man drückt mit scheinbaren Zugeständnissen politisch auf die Rechte, die man auf der anderen Seite von der Macht fernhalten will; die Landwirtschaft aber ist am Ende immer der leidtragende Teil. Wenn man will, ist auch heute die Rettung der Landwirtschaft möglich. Aber man will nicht weil sie nicht mit der Sozialdemokratie möglich ist, sondern nur mit Rechts und nur auf der Grundlage eines Rechtskurses in Preußen.

Wenn das Ministerium Brüning uns einladen läßt, an den Verhandlungen des Reichstages wieder teilzunehmen (ist nicht geschehen, der Privatbrief Hindenburgs war nicht gegengezeichnet. Die Red.), so können wir daraus nur eine Bestätigung für die Unhaltbarkeit der Lage entnehmen, in die sich das gegenwärtige Reichsministerium hineinmanövriert hat. Es braucht die Rechte, aber es will ihr nicht die Führung der politischen Geschäfte einräumen, die ihr zukommt und den Einfluß der Sozialdemokratie aufrechterhalten insbesondere in Preußen. Dieses eigensinnige Versagen in der Stunde höchster Gefahr ist eine geschichtliche Sünde. Als wir aus den Reichstag herausgingen, schlug der Funke zwischen uns und den Herzen im Lande sichtbar zusammen. Ein jeder verstand das Bild, das offenbar denen, die als Modell dafür sitzen, so peinlich ist. Linke und Mitte allein an der Arbeit des hohen Hauses — in trautem Bunde zur Entrechtung der nationalen Opposition zur Verhinderung der Herrschaft derjenigen, die Deutschland allein retten können (!!). Der Brief Hindenburgs wird in der Regierungspresse als Brücke zu den Deutschnationalen gewertet. Er könnte es in Verbindung mit einem entsprechenden Briefe an das Zentrum werden, der dazu beitrüge, die Bahn für die Rechte freizumachen.

★

Die Agrardebatte im Reichstag.

✓ **Berlin,** 25. Februar.

Im Reichstag wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums fortgesetzt. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten fehlten auch heute.

Der Christlichsoziale Renken erklärte, seine Partei sei mit dem Agrarprogramm der Regierung einverstanden. Der Wirtschaftsparteiler Freybe vermißte in den Zollrevisionsmaßnahmen die Erhöhung der Fettzölle. Bereits in der nächsten Zeit werde sich ein Tiefstand für Fettpreise ergeben, der sich dann in noch niedrigeren Schweinepreisen auswirken werde. Der bayrische Bauernbündler und „Grüne-Front"-Mann Dr. Fehr (B.V.B.) wandte sich gegen die Ausführungen des Geheimrats Duisberg-Köln, der sich nicht gerade freundlich mit der Landwirtschaft beschäftigt habe. Die auch von den Abgeordneten Tempel und Dessauer aufgestellte Behauptung, daß der Landwirtschaft jährlich drei bis vier Milliarden direkt und indirekt an Subventionen gewährt würden, sei nicht zutreffend. Milch, Eier und andere Agrarprodukte seien kaum in einem anderen Lande zu billig, wie in Deutschland. An wirklichen Subventionen für die Landwirtschaft kommen jährlich nur 36 Millionen heraus und diese Summe bleibt weit zurück hinter den Subventionen, die der Wirtschaft und auch den sozialen Einrichtungen der Arbeiterschaft zufließen.

Der Sozialdemokrat Dobbert sagte: Wenn man von Landvolksnot spricht, darf man auch die Landarbeiter nicht vergessen, die ganz unzureichend bezahlt werden. Die Bedenken, die schon im Kabinett gegen die Politik des Ernährungsministers vorgebracht worden sind, könnten wir im Interesse der Industriearbeiterschaft nur unterstreichen. Wir können nicht einen Interessentenstandpunkt in den Vordergrund stellen, sondern müssen in erster Linie eine Agrarpolitik treiben, die die Exportförderung nicht stört.

Der letzte Redner, der Zentrumsabgeordnete Beck-Oppeln führte aus: Die Not der Landwirtschaft im deutschen Osten ist so groß, daß viele Landwirte in diesem Gebiet allen Hetzereien zugänglich sind. Leider wird diese Stimmung ausgenutzt von gewissen Führern, die aus der landwirtschaftlichen Organisation eine Hetzorganisation machen, die Mißtrauen gegen die Hilfsmaßnahmen der Regierung predigen und so aus parteiagitatorischen Gründen Verrat an der Bauernschaft üben. Die Erfolge der Regierungspolitik der letzten Jahre für die Landwirtschaft könnten trotz aller gehässigen Angriffe nicht geleugnet werden.

★

Der Reichslandbund über die Agrarvorlage.

Von unserer Berliner Redaktion.

¶ **Berlin,** 25. Februar. (Drahtb.)

Als Hüterin der landwirtschaftlichen Interessen preist sich die Deutschnationale Volkspartei bei jeder Gelegenheit dem deutschen Bauernstand an. Dabei ist sie jedoch nicht bereit, ihren parlamentarischen Generalstreik bei der Beratung des Landwirtschaftsetats und der Agrarvorlagen abzubrechen. Im starken Gegensatz zu dieser unverständlichen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei steht die Stellungnahme des Reichslandbundes, der offen und ehrlich in einer heute ausgegebenen Erklärung anerkennt, daß der Agrargesetzentwurf für die Reichsregierung weitere Möglichkeiten schafft, selbständig auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion den Schutz der nationalen Wirtschaft durchzuführen. Es ist bekannt, daß die Wünsche des Reichsbundes weit über die Agrarvorlage der Reichsregierung hinausgehen. Um so mehr ist anzuerkennen, daß der Reichslandbund das Gute, das sich in der Vorlage findet, restlos anerkennt. Wenn er trotzdem davon redet, für seine bisherigen Kampfbeschlüsse weiterfechten zu wollen, so kann es sich hierbei eher um eine Beruhigungspille für seine Mitglieder, als um eine Drohung gegen das Reichskabinett handeln. Der Reichslandbund steht eben die praktische Arbeit, die im Interesse der Landwirtschaft geleistet wird, und verzichtet darauf, wie die Deutschnationalen vom Schmollwinkel aus alle Maßnahmen der Reichsregierung und der Parlamentsmehrheit herunterzureißen und immer und immer wieder den hysterischen Ruf „Preußen" auszustoßen.

Justizminister Dr. Schmidt über die Rechtspflege.

Volksparteiler von Eynern Vizepräsident des Landtages.

:: **Berlin,** 25. Februar.

Der Preußische Landtag überwies in seiner heutigen Sitzung zunächst debattelos einen volksparteilichen Antrag an den Verfassungsausschuß, der die Regierung um Anweisung ersucht, daß am Volkstrauertage, am 1. März, sämtliche Gebäude halbmast zu flaggen hätten. Der gemeinsame Antrag der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Nationalsozialisten, zu prüfen, ob Staatsgelder über die Kölner Görreshaus A. G. an die „Kölnische Volkszeitung" oder den „Kölner Lokal-Anzeiger" gegangen sind bezw. welche Zeitungen die preußische Regierung unterstützt hätte, ging an den Untersuchungsausschuß für die Kreditgewährung der Preußenkasse.

Bei der dann folgenden

Wahl eines dritten Vizepräsidenten

für den verstorbenen Vizepräsident Wiemer (D. Vpt.) beantragt Abg. Schwenk (Komm.) die Wahl seines Fraktionskollegen Kasper, weil die KPD. im Landtag stärker vertreten sei, als die Deutsche Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei hätte, wie Präsident Bartels mitteilt, den Abgeordneten v. Eynern vorgeschlagen. Die Wahl wird durch Namensaufruf mit verdeckten Zetteln vollzogen.

Mit 256 gegen 34 Stimmen wurde Abg. v. Eynern zum dritten Vizepräsidenten gewählt.

Es folgte die zweite Beratung des preußischen Finanzausgleichsgesetzes, das eine Beteiligung der Gemeindeverbände und Provinzen an der Bürgersteuer bringt, in der Ausschußfassung aber die im Regierungsentwurf enthaltene Bestimmung ablehnt, daß der Gemeindevorsteher die neuen Kommunalsteuern anordnen sollte, falls die Gemeindevertretung sich weigert, die Steuern einzuführen. Nach der Ausschußfassung soll es in diesem Fall der gemeinsamen Anweisung der Aufsichts- und Beschlußbehörden bedürfen. Die Vorlage sieht u. a. eine Nachprüfung der hohen Kommunalgehälter vor.

In der Aussprache lehnte Abg. Dr. v. Kries (Dntl.) die Vorlage ab und wendet sich besonders gegen die sogenannte relative Garantie bei der Steuerverteilung. Er empfahl einen Aenderungsantrag, der den Gemeinden 90 Prozent des Aufkommens der Einkommens- und Körperschaftssteuer sichern will.

Abg. Kloft (Z.) kündigte für die dritte Lesung einen Antrag an, wonach

ein provinzielles Schiedsgericht über die kommunalen Spitzengehälter entscheiden soll.

Abg. v. Eynern (D. V.) beantragte, in den Etat für 1931 120 Millionen einzusetzen als Hilfsfonds für die unter der Finanznot leidenden Kommunen und stimmt dem gewünschten besseren Schullastenausgleich zu.

Nach weiterer Debatte folgte die

zweite Beratung des Haushaltes der Justizverwaltung.

Justizminister Dr. Schmidt leitet die Aussprache mit einer längeren Rede ein. Er wies zunächst darauf hin, daß der höhere preußische Justizdienst nur noch 6500 Planstellen umfasse gegen 7000 Stellen vor dem Kriege. Von der Annahme des Antrages des Hauptausschusses, für Richter die Altersgrenze vom 65. auf das 68. Lebensjahr heraufzusetzen, riet der Minister angesichts der schlechten Aussichten für den Nachwuchs ab.

Die Ueberfüllung des höheren Justizdienstes

habe sich auch unter der Rechtsanwaltschaft ausgewirkt. Die Zahl der Rechtsanwälte habe sich von 7000 im Jahre 1913 auf 10 800 im Jahre 1930, also um etwa 40 Prozent erhöht. Was die Aufhebung kleiner Amtsgerichte angehe, so blieben die erhofften finanziellen Auswirkungen erheblich hinter den Erwartungen zurück. Deshalb werde man hier größte Vorsicht walten lassen. Die Strafrechtspflege stehe in der gegenwärtigen Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression und der gleichzeitig auftretenden außerordentlichen Verrohung des politischen Kampfes vor nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten. Im Jahre 1929 seien bei den Staatsanwaltschaften

über 35 000 Anzeigen wegen Verletzung der Eidespflicht

eingegangen. Gegen mehr als 24000 Personen sei das Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Rund 1200 Personen seien durch Gerichtsbeschluß außer Verfolgung gesetzt und in 192 Fällen sei Freispruch erfolgt. Hieraus ergebe sich, daß die Staatsanwaltschaften bei der Bearbeitung der Eidesdelikte mit besonderer Sorgfalt verfahren seien. Die Erörterung der Strafjustiz könne nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß

die Strafrechtspflege neuerdings auch aus Kreisen der Rechtsparteien mehr beanstandet

werde. Demgegenüber habe er im Hauptausschuß schon darauf hingewiesen, daß der weitaus größte Teil der Tätigkeit unserer Gerichte sich in völlig reibungsloser klarer Objektivität sich vollziehe. Immer seien es nur Einzelfälle, in denen vielleicht Zweifel an wirklicher innerer Unparteilichkeit des Gerichtes entstehen könnten. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit der unbedingten Achtung vor der Unabhängigkeit der Gerichte bestehe bei der Justizverwaltung unerschüttert fort. Die Justizverwaltung habe auch niemals in irgendeiner unzulässigen Weise Einfluß auf das Zustandekommen eines Richterspruches zu nehmen versucht. Sie habe andererseits in vollem Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen das Recht für sich in Anspruch genommen, gelegentlich an offensichtlichen Mängeln maßvolle Kritik zu üben.

Der Minister wies dann darauf hin, daß er bereits im Ausschuß dargetan habe, daß die tatsächlichen Behauptungen, auf die der Verfasser der Schrift „Gefesselte Justiz" seine Vorwürfe gründe, durchweg unrichtig, unvollständig oder entstellt wiedergegeben und zu einer durchaus einseitigen, irreführenden Darstellung benutzt worden seien. Die Mitglieder des Hauptausschusses seien sämtlich ausgezeichnete Sachkenner und sie hätten alle, ohne den leisesten Widerspruch zu finden, in ihrem vernichtenden Urteil über die Schrift und ihren Verfasser übereingestimmt und bestätigt, daß

die „Gefesselte Justiz" wegen ihrer bewußten Entstellungen und Unwahrheiten selbst bei Wiedergabe aktenkundiger Tatsachen keinerlei Beachtung verdient

und zurückgewiesen werden müsse. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Sorgen und Nöte der Justiz auch künftig bei allen Parteien des Hauses sachliches Verständnis und wohlwollende Berücksichtigung finden würden.

Hierauf beantworteten Regierungsvertreter mehrere Große Anfragen. Um 17,30 Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt; außerdem Abstimmungen zur zweiten Lesung des Handels- und des Berghaushaltes.

Chemische Zerstörung der Krebszellen?

:: **Berlin,** 25. Februar.

Nach Wiener Berichten sind im dortigen Krebsspital das sich vor allem mit der chemischen Zerstörung der Krebszellen beschäftigt, Experimente gelungen, die nach erfolgtem Ausbau neue Wege für die praktische Krebsbehandlung erschließen könnten. Es handelt sich darum, daß die Krebssubstanz nach einer besonderen Präparation die Fähigkeit gewinnt, Krebszellen aufzulösen. Neuerdings ist sogar festgestellt worden, daß normale Mutterkuchen-Substanz imstande ist, Krebszellen zu zerstören. Die praktischen Erfolge dieser Experimente bleiben natürlich abzuwarten.

Die Abrüstungsreise des britischen Außenministers.

Das Ergebnis der Flottenverhandlungen in Paris.

◆ **London,** 25. Februar.

Ueber die französisch-englische Flottenvereinbarung berichtet Pertinax dem „Daily Telegraph" aus Paris, diese Vereinbarung beziehe sich auf die Begrenzung der französischen Flotte (ungefähr 630 000 Tonnen) und auf die Verteilung der Frankreich zustehenden Tonnage auf die verschiedenen Kriegsschiffkategorien; ferner hätten sich die französischen und englischen Minister dahin geeinigt, daß die französische Flotte der italienischen Flotte gegenüber eine Ueberlegenheit von etwa 157000 Tonnen (bisher 240 000 Tonnen) behalten solle, auf jeden Fall bis zum Jahre 1936. Pertinax meldet weiter, daß die britischen Minister den französischen Vorschlag eines gesonderten Beitritts Frankreichs zum dritten Teil des Londoner Flottenvertrages unter Einfügung einer auf Italien bezüglichen Sicherheitsklausel ausdrücklich abgelehnt hätten.

Die Dinge stehen im Augenblick so, daß es zu einer allgemeinen Einigung zwischen den drei Seemächten England, Frankreich und Italien kommen kann, falls Hendersons diplomatische Sendung auch bei Mussolini zum Ziel führt; dann wäre der Anschluß der beiden lateinischen Seemächte an den im vorigen Frühjahr zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan bis 1934 vereinbarten Flottenfrieden gegeben. Anderseits wird die englisch-französische Einigung aber wieder brüchig, falls Mussolini den beiden englischen Unterhändlern die kalte Schulter zeigt.

Reuter meldet aus Paris: Als der britische Außenminister Henderson gestern nachmittag die Botschaft verließ, um den Zug nach Rom zu erreichen, strahlte sein Gesicht vor Freude. Befragt, ob er zufrieden sei, erwiderte er: „Ja! Und ich hoffe, ich werde bei meiner Rückkehr noch zufriedener sein." In der Reutermeldung heißt es dann weiter: Alles hängt jetzt von der italienischen Regierung ab, denn, wenn Italien die französisch-britische Vereinbarung nicht billigt, wird sie ein toter Buchstabe sein. Aber die britischen Minister rechnen anscheinend darauf, daß Italien nicht beiseite stehen und die Umwandlung des Londoner Drei-Mächte-Vertrages in einen Fünf-Mächte-Vertrag nicht verhindern wird. Es herrscht der Eindruck, daß sich der Optimismus der Minister auf Nachrichten aus Rom gründet. Henderson und der Erste Lord der Admiralität Alexander werden bei ihrer Rückkehr von Rom schwerlich in Paris Halt machen. Auf jeden Fall muß Henderson am Montag vormittag wieder in London sein.

Der Pariser Korrespondent der „Times" betont nochmals, daß in Paris keine starre und unabänderliche Vereinbarung geschlossen worden ist, die gegenüber Italien nur die Wahl zwischen Annahme oder Ablehnung hat. Ebenso wenig komme es in Frage, daß im Falle einer ablehnenden Entscheidung Italiens die französische Regierung den Londoner Vertrag unterzeichnen werde, ohne auf eine Vereinbarung mit Italien zu warten. Außerdem sollte deutlich gemacht werden, daß die britische Regierung keiner politischen Gegenleistung außerhalb des Gebietes der Flottenbegrenzung zugestimmt hat. Ein Teil der französischen Presse hat während der Verhandlungen verschiedene Male versucht, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß keine weiteren Zugeständnisse im französischen Flottenprogramm gemacht werden können, falls die britische Regierung nicht eine Gegenleistung in der Form einer Zusage gebe, bei der kommenden Abrüstungskonferenz die französischen Forderungen auf dem Gebiet der Land- und der Luftrüstungen zu unterstützen, und andere ähnliche Zugeständnisse an den französischen Nationalismus mache. Diese Anregungen waren in der Form vorgebracht worden, als ob sie die Ansicht der Regierung darstellten und waren von persönlichen Angriffen auf Briand begleitet. Nichts derartiges ist aber zugestanden worden.

★

Englische Kritik an den französischen Zugeständnissen.

◇ **London,** 25. Februar.

Der Pariser Korrespondent der „Morning Post" meldet: Frankreich hat sich damit einverstanden erklärt, statt einer Ueberlegenheit von 240 000 Tonnen gegenüber Italien nur eine solche von 157 000 Tonnen zu fordern. Aber dieses Opfer von 83 000 Tonnen ist mehr quantitativ als qualitativ, da es durch die Aufgabe veralteter Fahrzeuge erreicht wird. Auch auf dem Gebiete der Unterseeboote ist das französische Zugeständnis (Ermäßigung der Gesamtonnage von 950 000 auf 600 000 Tonnen) mehr scheinbar als wirklich, denn während die französische Oeffentlichkeit in den U-Booten ein verhältnismäßig billiges Küstenverteidigungsmittel erblickt, höre ich von maßgebender Seite, daß die technischen Sachverständigen anderer Meinung sind. Große U-Boote von ungefähr 1500 Tonnen sind nur in den dunklen Gewässern des Nordens verwendbar, während sie in der klaren See des Südens von der Luft aus leicht entdeckt werden können.

★

Der französische Kriegsminister gegen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage.

:: **Berlin,** 25. Ferbuar.

Ueber den Inhalt der in Paris zwischen der französischen und der englischen Regierung getroffenen Flottenabmachungen ist in Berlin noch nichts Endgültiges bekannt. In politischen Kreisen wird dennoch ein „wachsames Mißtrauen" Deutschlands gegenüber diesen Verhandlungen für notwendig erachtet. Man erklärt, daß man vom allgemeinen Abrüstungsgedanken aus gesehen den Versuch der fünf großen Flottenmächte, zu Abmachungen über eine Begrenzung der Flotten zu gelangen, wohl begrüßen könne. Derartige Abmachungen dürften aber unter keinen Umständen zur Folge haben, daß die Landabrüstung verzögert oder richtiger gesagt, praktisch illusorisch gemacht wird.

Zu dem Abrüstungswillen Frankreichs lieferte gerade am Tage der englisch-französischen Flottenabmachungen in Paris der französische Kriegsminister Maginot in der Kammer einen drastischen Kommentar. Er sagte u. a.: „Frankreich wird in keinem Fall dulden können, daß an die militärischen Bestimmungen des Vertrags von Versailles getastet wird. Man soll alle Völker als gleichberechtigt in der Rüstungsfrage behandeln? Nein! Wenn man die internationale Gerechtigkeit anstrebt, so ist es nur gerecht, so ist es unbedingt notwendig, daß diejenigen, welche die Angreifer gewesen sind, sich strenderen Rüstungsbeschränkungen unterziehen müssen als diejenigen, die keinerlei Angriffshandlungen begangen haben, die sich weigern, eine solche zu begehen, und die überfallen wurden."

Die Rede des französischen Kriegsministers hat in Berlin größtes Aufsehen und erhebliches Befremden hervorgerufen. Deutschland hat sich im Versailler Vertrag zur Abrüstung nur unter der Voraussetzung bereiterklärt, daß auch die anderen Staaten später abrüsten werden.

Es darf angenommen werden, daß Reichswehrminister Groener bei der nächsten Gelegenheit auf die Rede des französischen Kriegsministers zurückkommen wird.

★

Die Engländer in Rom eingetroffen.

○ **Rom,** 25. Februar.

Am Mittwoch um 19,45 Uhr trafen Henderson, Alexander und Craigie mit ihrem Gefolge in Rom ein, um die Flottenverhandlungen fortzuführen. Es ist möglich, daß schon am heutigen Mittwoch abend die Verhandlungen beginnen. Die Ankündigung des englischen Besuches ist in Rom mit größter Genugtuung aufgenommen worden.

Aus der Heimat.

59 Sexta-Kandidaten am hiesigen Gymnasium.

Wahrscheinlich wird doch eine Aufnahmeprüfung stattfinden!

= **Bocholt**, 26. Febr. Heute (Donnerstag) ist der letzte Tag für die Anmeldung zur Sexta. Sollte jemand noch nicht alle Anmeldepapiere zur Hand haben, so können diese in den nächsten Tagen nachgebracht werden.

Bisher wurden bereits 59 Schüler für die Sexta angemeldet, das sind genau so viele, wie im vergangenen Jahre das Abitur am hiesigen Gymnasium und Realgymnasium bestanden haben. Nach einer Verfügung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist bereits von Ostern dieses Jahres ab die Aufnahmeprüfung abgeschafft. Wenn aber die Zahl der aufnahmesuchenden Kinder die Zahl der verfügbaren Plätze übertrifft — und das dürfte angesichts der überraschend zahlreichen Anmeldungen bei uns der Fall sein — dann ist die Auslese auf Grund einer Prüfung zu treffen. Voraussichtlich werden also unsere Sextakandidaten diesmal an einer Aufnahmeprüfung, die manchem das Herz in die Schuhe sinken läßt, nicht vorbeikommen. Im übrigen werden die Kinder für die Folge nur unter der Bedingung der Bewährung aufgenommen, d. h. wer nach dem Urteil der Klassenkonferenz frühestens nach halbjährigem Besuch der Sexta für die Ausbildung auf der höheren oder mittleren Schule sich als nicht geeignet erweist, muß die Schule verlassen. Dabei sind die Erziehungsberechtigten gegebenenfalls mindestens ein Vierteljahr vorher auf die Möglichkeit der Entlassung hinzuweisen. Für diesen Beschluß der Klassenkonferenz ist Dreiviertelmehrheit erforderlich.

Erlaß von Rundfunkgebühren.

o. **Bocholt**, 26. Febr. Beim Postamt sind die Antragsvordrucke auf Erlaß von Rundfunkgebühren eingegangen. Die Rundfunkgebühren können erlassen werden allen Krisenunterstützungsempfängern und den ausgesteuerten Krisenunterstützungsempfängern, die Wohlfahrtsunterstützung erhalten. Bedingung ist, daß der Antragsteller wenigstens seit einem halben Jahr Rundfunkteilnehmer ist. Die Vordrucke können auf Zimmer 315 des Postamtes vormittags abgeholt werden. Mitzubringen sind die Rundfunkgenehmigungsurkunde sowie Ausweispapiere, aus denen zu ersehen ist, daß der Antragsteller Krisen- bezw. Wohlfahrtsunterstützung bezieht.

Schweinezählung am 2. März.

b. **Bocholt**, 26. Februar. Am kommenden Montag findet auf Anordnung der Reichsregierung eine Schweinezählung statt, die lediglich statistischen und volkswirtschaftlichen Zwecken dient. Wissentlich unvollständige Angaben werden gerichtlich verfolgt. Man beachte die betreffenden Bekanntmachungen in der vorliegenden Nummer.

Vom Arbeitsgericht Bocholt.

h. **Bocholt**, 25. Febr. Ein Arbeiter klagte gegen eine hiesige Firma und machte eine Forderung von 334 Mark geltend. Die Beklagte war nicht zu dem angesetzten Termin erschienen. Der Vertreter des Klägers beantragte Versäumnisurteil. Das Gericht gab dem Antrage statt. Die Beklagte wurde verurteilt, an den Kläger obige Forderung zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Gegen eine hiesige Textilfirma klagte ein Chauffeur und forderte für Kündigungszeit, Urlaub und Sonderfahrten 101 RM. Nach kurzer Verhandlung bot die Beklagte einen Vergleich von 50 Mark an, den der Kläger annahm.

In einer Streitsache gegen eine hiesige Textilfirma wurde zum dritten Male verhandelt. Ein Meister der Firma hatte gegen diese geklagt und Nachzahlung für die Kündigungsfrist sowie der Ueberstunden nebst Zuschlägen gefordert. Die Beklagte bestritt erneut die Forderung des Klägers. Außerdem wurde von dem Vertreter der Firma ein Grund zur fristlosen Entlassung nachträglich angegeben. Von dem Vertreter des Klägers wurde Beweis für die geleisteten Ueberstunden angeboten. Das Gericht beschloß, das Verfahren ruhen zu lassen, bis das ordentliche Gerichtsverfahren erledigt ist.

Ein Angestellter einer hiesigen Textilfirma hatte gegen diese Klage erhoben und Wiedereinstellung oder Entschädigung nach § 84 des B. R. G. beantragt. In der Verhandlung stellte ein Zeuge die Tatsache der angeführten Differenzen fest. Vom Vertreter des Klägers wurde bestritten, daß Böswilligkeit bei dem Kläger vorliege und Antrag nach § 84 des B. R. G. mit der Forderung von 1396 Mark gestellt. Auf Vorschlag des Gerichts wurde die Sache zur weiteren Klarstellung vertagt.

In einer anderen Sache wurde von dem Vertreter des Beklagten der Vertreter des Klägers abgelehnt. Beide Vertreter fungieren als Syndikus, der Kläger aber war ein Arbeitnehmer. Es wurde Vertagung beantragt. Das Gericht gab dem Antrag statt.

Gegen ein Versäumnisurteil in einer anderen Sache hatte der Beklagte Einspruch erhoben, war aber zu der Verhandlung nicht erschienen. Auf Antrag wurde der Einspruch verworfen und der Beklagte verurteilt, an den Kläger die gestellte Forderung und die Kosten zu tragen.

Flotter Handel auf dem Viehmarkt.

p. **Bocholt**, 25. Febr. Aufgetrieben waren 683 Ferkel und 6 tragende Sauen. Es wurden 464 Ferkel und 4 Sauen verkauft. Der Preis betrug pro Alterswoche 2,50 bis 3,00 RM., der Preis der Sauen 120 bis 140 RM. Der Handel war flott. — Am 25. März findet der nächste Kram- und Viehmarkt statt.

Handarbeits- und Haushaltungsschule am Oberlyzeum.

m. **Bocholt**, 26. Februar. Auch an dieser Stelle weisen wir gerne und empfehlend hin auf die Handarbeits- und Haushaltungsschule, die von den Schwestern U. L. Frau in Verbindung mit der Frauenschule am Oberlyzeum ins Leben gerufen wurde. Sie bietet unsern jungen Mädchen nicht nur eine allseitige, gediegene, dabei sehr billige Ausbildung für ihren späteren Beruf als Hausfrau, Gattin und Mutter, sondern ermöglich es ihnen auch, nach abgeschlossener Bildung sich selbständig durchs Leben zu helfen, zunächst etwa als Stütze der Hausfrau und Kinderfräulein, später als Haushälterin usw. — Zwar fordert die Ausbildung zunächst von den Eltern vielleicht für sie sehr erhebliche Opfer, aber diese werden reichlich aufgewogen durch den Nutzen, der dem jungen Mädchen durchs ganze Leben bleibt. Der heutige Kampf um das tägliche Brot, in den auch das Mädchen und die Frau immer mehr hereingezogen werden, verlangt soviel von unserer heranwachsenden Jugend, daß die Familie allein nicht mehr imstande ist, ihr das nötige Rüstzeug zu geben, sondern geschulter Kräfte zur Beihilfe bedarf. Auch erlauben die schlimmen Wirtschaftsverhältnisse es vielfach nicht mehr, die Mädchen einer auswärtigen Bildungsanstalt, einem Pensionat usw. zuzuführen. Da finden die jungen Mädchen hier denn, was sie brauchen, um sich später in angenehmen, der Frauennatur entsprechenden und zusagenden Stellungen betätigen zu können. Beide Lehrgänge setzen nur Volksschulbildung, nicht abgeschlossene Lyzeumsbildung voraus. — Möchten daher auch in diesem Jahre viele Eltern für ihre heranwachsenden Töchter von dieser herrlichen Bildungsgelegenheit Gebrauch machen.

Rose Walter als Liedersängerin.

f. **Bocholt**, 26. Febr. Ueber das Auftreten der Künstlerin Rose Walter als Oratorien-Sängerin teilten wir bereits kurze Auszüge aus den Kritiken mit. Heute lassen wir einige Kritikauszüge über ihr Auftreten als Lieder-Sängerin folgen: . . . feine und liebenswürdige Musikalität durch klingend klaren, schwebenden Sopran aufs schönste unterstützt . . . grundmusikalische, technisch fertige Sängerin . . . gewann im Sturm die Herzen mit ihrem feinsinnig nüancierten Vortrag, durch die überzeugende Gestaltungskraft und die bezwingende Macht des Ausdrucks. Und von blühender Schönheit strahlte ihr prachtvolles Organ . . . Welch ein warmherziges Musizieren voll strahlender Singfreudigkeit, feiner Kultur der reich quellenden Stimme . . .Die Ausführung durch Rose Walter ist über jedes Lob erhaben . . . die vielseitige Könnerin, die ihr prachtvolles Organ ganz in den Dienst künstlerischen Ausdrucks stellt. (Die Künstlerin tritt bekanntlich morgen (Freitag) abend beim 2. Konzert des Instrumentalvereins auf.)

Theaterfonderzüge.

(!) **Bocholt**, 26. Febr. Das Reichsbahn-Verkehrsamt Duisburg schreibt: Die nächste Sondervorstellung für die Bewohner des rechten Niederrheins im Stadttheater Duisburg ist am Sonntag, dem 8. März 1931, um 15 Uhr. Zur Aufführung kommt „Das Dreimäderlhaus", Singspiel in drei Akten nach Schubert von Berte. — Zum Besuch dieser Vorstellung fährt die Reichsbahn Sonderzüge zwischen Emmerich und Duisburg Hbf. und zwischen Bocholt und Duisburg Hbf. Der Fahrplan ist durch Aushänge bekanntgegeben. Die Theaterkarten werden zu ermäßigten Preisen bei den Fahrkartenausgaben Bocholt, Emmerich, Empel-Rees, Elten, Wesel, Friedrichsfeld, Dinslaken, Sterkrade, Walsum und Hamborn ausgegeben. Die übrigen Fahrkartenausgaben an der Strecke Elten — Sterkarde und Bocholt — Hamborn nehmen Bestellungen auf Theaterkarten entgegen. Der Vorverkauf beginnt am Sonntag, dem 1. März, um 10 Uhr und endet am Donnerstag, dem 5. März, um 18 Uhr.

Molkereigenossenschaft Bocholt.

-l- **Bocholt**, 26. Febr. Wie aus der gestrigen Nummer unserer Zeitung zu ersehen war, findet am morgigen Freitag, nachmittags um 2,30 Uhr, im Hotel „Bürgertrug" die diesjährige Generalversammlung statt. Zur Ergänzung der Tagesordnung sei noch mitgeteilt, daß bereits ab 1 Uhr, also vor der Geralversammlung, eine Besichtigung der Molkerei stattfindet. — Im Anschluß an die Generalversammlung der Molkereigenossenschaft tritt der Rindviehversicherungsverein zu seiner Generalversammlung zusammen.

Vom Fundamt.

p. **Bocholt**, 26. Febr. Auf dem Fundamt wurden als gefunden abgegeben: 2 Schäferhunde, 1 Brieftasche mit Inhalt, 1 Herrenfahrrad und 1 Anlasserschlüssel.

Jungmännerring St. Josef.

h. **Bocholt**, 26. Februar. Heute (Donnerstag) abend 8,30 Uhr ist Kettelerbundversammlung mit Vortrag über das Thema „Die Geschehnisse um die Meiderricher Hütte", Anschließend einige Lichtbilder: Fliegeraufnahmen. Es mögen sich noch diejenigen melden, die an den Exerzitien um Ostern teilnehmen wollen, damit die Sammelmeldung für Steyl rechtzeitig aufgegeben werden kann.

Jungmännerring im K. K. V.

fe. **Bocholt**, 26. Februar. Heute (Donnerstag) abend 8,30 Uhr spricht Herr Studienrat Dr. Herdemann im Vereinslokal Langenhoff.

)(**Biemenhorst**, 25. Febr. **Aus dem Schuldienst.** Die Schulamtsbewerberin Theresia Trippen, die zurzeit an der Diepenbrockschule in Bocholt tätig ist, wird zum 1. April ds. Js. an die hiesige Schule versetzt.

:!: **Mussum**, 25. Febr. **Der Gemeinderat** hielt heute vormittag unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Loskamp und im Beisein des Bürgermeisters Blume eine Sitzung ab. Zunächst wurden die durch die Bepflanzung des letzten Teiles der Chaussee nach Wertherbruch entstandenen Kosten nachträglich bewilligt. An den Schullokalen wie auch an den Dienstwohnungen der Lehrpersonen haben sich verschiedene Reparaturen als notwendig erwiesen. Die Kosten wurden übernommen. Ferner nahm der Gemeinderat Kenntnis von dem Standpunkt des Kreisausschusses, daß für den an die Stadtgrenze heranreichenden Teil der Landgemeinden erhöhte Ansiedlungsgebühren erhoben werden sollen. Man war einstimmig der Ansicht, daß nach Lage der Verhältnisse eine Spaltung innerhalb der Gemeinde nur zu Unerträglichkeiten führt und als ungerecht empfunden werden würde. Man bat daher den Kreisausschuß, dahin zu wirken, daß der für die Randgebiete vorgeschlagene Satz von 500 Mark und 100 Mark für die Kirchengemeinden einheitlich erhoben werden. Sodann wurde einigen Steuerstundungsanträgen bis Ende dieses Jahres stattgegeben und ein Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung abgelehnt. Die innerhalb der Gemeinde verteilten Handfeuerlöscher sollen demnächst auf ihre Brauchbarkeit nachgeprüft werden. Ferner soll geprüft werden, ob die Gehöfte auf der Siegeheide bei Ausbruch von Bränden durch das benachbarte Städtische Wasserwerk mit Wasser versorgt werden können. (Dieser Wunsch ist umso mehr begründet, als das Städt. Wasserwerk sein Wasser aus diesem Gebiet entnimmt, was zur Folge hat, daß die Gräben und sonstige notwendige Wasseransammlungsstellen in diesem Gebiet mehr oder weniger trocken gelegt werden.)

„ **Lowick**, 26. Febr. **Der Schützenverein links der Aa** hält am kommenden Sonntag, nachmittags um 5 Uhr, beim Landwirt Döing seine Generalversammlung ab. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

b. **Anholt**, 26. Februar. **Eine Sprechstunde** hält am Samstag, dem 28. Februar, das Kath. Arbeitersekretariat und Volksbüro Bocholt im Lokal Drecker ab und zwar von 11 bis 1,30 Uhr.

gn. **Rhede**, 25. Febr. **Einst und jetzt.** In den zum Amt Rhede gehörenden Bauerschaften waren im Jahre 1675 vorhanden: 24 Erben und 14 Kotten in Crommert, 16 Erben und 7 Kotten in Büngern, 27 Erben und 17 Kotten in Vardingholt, 11 Erben und 2 Kotten in Altrhede. Unter Erben sind die größeren Höfe zu verstehen. Im Jahre 1910 (also 235 Jahre später) waren in den genannten Gemeinden folgende Wohnungen vorhanden (in Klammern sind die Gesamtzahlen der Erben und Kotten vom Jahre 1675 zum Vergleich angegeben): in Crommert 98 (38), in Büngern 42 (23), in Vardingholt 160 (44), in Altrhede 102 (13). Die stärkste Zunahme hat also Altrhede zu verzeichnen, das die Zahl seiner Gehöfte in dem erwähnten Zeitraum beinahe verachtfacht hat; es folgen Vardingholt, das sie beinahe vervierfacht, Crommert, das sie gut verdoppelt und Büngern, das sie noch nicht ganz verdoppelt hat.

b. **Rhede**, 26. Februar. **Das Kath. Arbeitersekretariat und Volksbüro Bocholt** hält am morgigen Freitag von 5 bis 6,30 Uhr im Vereinshaus St. Josef eine Sprechstunde ab.

:: **Burlo**, 25. Februar. **Ein Erfinder.** Wie uns vom Patentanmeldebüro Eduard Goldbeck in Berlin mitgeteilt wird, wurde für Herrn Schmiedemeister Wilhelm Stroick von hier für eine Halsbandkupplung für Vieh ein Gebrauchsmuster unter Nr. 1158 122 eingetragen.

* **Borken**, 24. Febr. **Der Schmuggel** läßt infolge der starken Kontrolle und wohl auch infolge der empfindlichen Geld- und Freiheitsstrafen, die den Gesetzesübertreter treffen, stark nach. Was noch in Sicherheit gebracht und den Augen der Behörde entzogen werden kann, sind meist Kleinigkeiten. Doch gelang es noch vor kurzem einem Beamten im Grenzabschnitt des Zollkommissariats Burlo, einem Schmuggler 52 Pfund verbotswidriger Weise eingeführte Ware abzunehmen. Und am Samstag früh beschlagnahmten hiesige Zollbeamte 15 Pfund Tabak, die als Paket in dem Bassin des Lokomotivtenders an Bindfäden schwebend so angebracht waren, daß sie den Wasserspiegel nicht berührten.

* **Borken**, 24. Febr. **Verkehrsverbesserung.** Der Verkehrsverein Borken teilt folgendes mit: Mit Beginn des Sommerfahrplans (15. Mai ds. Js.) wird der Personenzug 1143, der jetzt um 9,53 Uhr ab Borken nach Wanne fährt, um fünf Minuten früher gelegt, wird also 9,48 Uhr von Borken fahren. Er erhält dadurch in Hervest-Dorsten, wo er künftig 10,14 Uhr eintrifft, Anschluß an den um fünf Minuten später gelegten Eilzug 133 Wesel — Münster — Osnabrück, Ankunft in Münster gegen 11,17 Uhr, in Osnabrück gegen 12,12 Uhr. In Osnabrück wird Anschluß erreicht an den Fern-D-Zug nach Berlin, Osnabrück ab 12,20 Uhr, Berlin (Friedrichstraße) an 17,17 Uhr. Zwischen Osnabrück und Berlin hält dieser Zug nur in Hannover. Die neue Verbindung ist insbesondere auch für den Verkehr von Borken und Umgegend nach Münster von großer Bedeutung, zumal die Fahrzeit eine sehr kurze ist — kürzer wie bei allen bisherigen sonstigen Verbindungen — und die Ankunft in Münster so zeitig erfolgt, daß daselbst am Vormittag noch Geschäfte erledigt werden können.

Nochmals: Preisregulierung!

„Guten Tag, Frau Schmitz!"

„Guten Tag, Frau Lehmann!" — „Das trifft sich aber ausgezeichnet, Frau Schmitz, daß wir uns gerade heute nach Erscheinen der beiden Gespräche treffen. Ich bin erfreut, mich mit Ihnen mal direkt unterhalten zu können, anstatt mit Frau Schulz. Ich sehe schon Ihre Verlegenheit, liebe Frau Schmitz, aber ich kann Ihre Geschäftsleitung nicht begreifen. Fest steht, daß Ihre Leitung an Bescheidenheit keinesfalls zugrunde geht. Sie behandelt einen auf Tatsachen beruhenden Artikel als „Gequassel", ohne daran zu denken, wie wenig intelligent ihr eigener Artikel ist. Wir könnten ja eben so dreist sprechen, als Ihre Leitung es für nötig befunden hat, wollen aber nur Tatsachen sprechen lassen, die unbedingt überzeugender wirken als alles leere Gerede".

„Das müssen Sie, liebe Frau Lehmann, mir aber doch mal näher erklären."

„Nun, Frau Schmitz, Ihre Leitung konnte meine Behauptungen nicht widerlegen, sondern versuchte, die angegebenen Tatsachen zu übergehen, oder aber, wenn dieses nicht möglich ist, zu verdrehen, und stellte zu gleicher Zeit fekösi Behauptungen auf, die weder Sinn noch Zweck hatten. Ich widerlege hier zuerst eine Ihrer Behauptungen; bestätige und bekräftige dann aber auch eine der meinigen. Also, Sie äußerten sich, ich gehöre nicht dem Arbeiterstande an!! Glauben Sie mir, Frau Schmitz, daß sich auch ein jeder Metzger mit Stolz den Ehrentitel „Arbeiter" zulegt. Sind sie doch eigentlich nur die Arbeitnehmer der Arbeiter in Fabriken und anderen Berufen, die somit wiederum die Arbeitgeber der Metzger sind. Von dem Wohlstand des Arbeiters allein hängt die Existenz der Metzger ab, darum unterstützen sie den Arbeiter durch reelle, gleichmäßige und gute Bedienung. Für und mit ihm kämpfen sie aus eigenem Interesse in schlechten Zeiten. Das Einkommen der Metzger hängt einzig und allein von dem Wohlstand der Arbeiter ab. **Jedoch das Gehalt ihrer Angestellten bleibt immer dasselbe, ganz gleich, ob es dem Arbeiter gut oder schlecht geht!!!** Woher soll da bei Ihrer Geschäftsleitung ein über dem Mittelpunkt stehendes Interesse für den Arbeiter kommen? Weiter, liebe Frau Schmitz, es wird behauptet, man könnte bei Ihnen dieselbe gute Ware für 10 Pfg. billiger als bei den Metzgern kaufen. Wie ist es dann möglich, daß der weitaus größte Teil der Arbeiter bei den hiesigen Metzgern kauft. Beweis: Im hiesigen Schlachthof wurden von den Metzgern im Jahre 1930 geschlachtet: Rinder: 1 002 970 Pfund, Kälber und Schafe: 161 126 Pfund, Schweine: 1 529 842 Pfund. Bei diesen vorgenannten Zahlen, liebe Frau Schmitz, handelt es sich um Schlachtungen der Metzger, die von diesen in ihren hiesigen Geschäften verkauft wurden und nicht, wie bei Ihnen, zum großen Teil in auswärtigen Filialgeschäften. An diesen kontrollierbaren Zahlen mag Ihre Leitung ersehen, wer der Hauptversorget der Arbeiterschaft an Fleisch- und Wurstwaren ist. Glauben Sie denn wirklich, die Arbeiter zahlten aus Gutmütigkeit dem Metzger diese 10 Pfg. mehr, im Gegenteil: diese Arbeiter sind die Käufer, die beim Kaufen denken und überlegen, die eine gute preiswürdige Ware, reine Wurst und reines Fett bei den Metzgern den Waren anderer Verkaufsstellen vorziehen. Diese nachdenkenden Käufer kann man durch keine Versammlungen und Kaffeeschlachten mit großen Reden irreführen, und diese Arbeiter sind die treuesten Kunden des Metzgergewerbes."

„Dieses kann ich Ihnen allerdings nicht ganz bestreiten, liebe Frau Lehmann! Jetzt interessiert mich noch die Aufklärung über die Behauptung, daß unsere Leitung nicht preisregulierend nach unten, sondern nach oben wirken soll."

„Liebe Frau Schmitz, Ihre Freundin Frau Schulz hat oder wollte mich bei meiner vorherigen Unterhaltung mit ihr nicht verstehen. Folgende Aufstellung soll Ihnen ein noch klareres Bild geben: **Vor der Gründung Ihrer Produktiv-Genossenschaft war der höchst-Einkaufspreis für Schweine 0,85 RM. per 1 Pfund Lebendgewicht, der höchste Verkaufspreis war für 1 Pfund Schweinefleisch 1,50 RM., für Bratwurst 1,60 RM. bei den hiesigen Metzgern. — Nach der Gründung der Produktiv-Genossenschaft,** also nicht während derselben, wie Ihre Leitung versucht, die Käufer irre zu führen, war im Anfang des Jahres 1930 der höchste Einkaufspreis, der nach der Gründung überhaupt zu verzeichnen ist, 0,82 RM. per 1 Pfund Lebendgewicht; zu derselben Zeit war bei Ihnen in der Produktiv-Genossenschaft der höchste Verkaufspreis für Schweinefleisch 1,60 RM., und für Bratwurst 1,80 RM. per 1 Pfund. Aus diesem geht doch deutlich hervor, daß **bei einem um 3 Pfg. per Pfund billigeren Einkauf, Ihre Produktiv-Genossenschaft 10 bezw. 20 Pfg. höhere Preise verlangte**, als die Metzger vor Gründung Ihrer Produktiv-Genossenschaft, wo Ihre Leitung noch **nicht preisregulierend nach oben** wirken konnte. Ihre Leitung versucht immer Tatsachen zu verdrehen, so auch die Behauptung bei der Gründung Ihres Geschäftes. Ganz abgesehen davon, daß Einführungspreise keine Normalpreise sind, Ihr Einführungspreis war für Schweinefleisch 1,30 RM. per Pfund. Wenn man hierbei nun berücksichtigt, daß im Januar 1927 der Einkaufspreis für Schweine 0,70 RM. per 1 Pfund Lebendgewicht, im März 1927 bei der Eröffnung dagegen nur noch 0,55 bis 0,56 RM. per Pfund Lebendgewicht betrug, ist es doch klar, daß sich dementsprechend die Einkaufspreise senken mußten. Die nachträgliche Senkung der Preise erfolgte doch Ihrerseits nicht aus eigenem Antriebe, sondern durch die Konkurrenz erzwungen. Diesen Beweis kann Ihre Leitung nicht aus der Welt schaffen, liebe Frau Schmitz. Sie hat bei niedrigen Einkaufspreisen höhere Verkaufspreise genommen als die Metzger vor Bestehen Ihrer Produktiv-Genossenschaft und zwar für Artikel, die zuzügl. Speck, mit dessen Preisen sich Ihre Leitung nicht gerne befaßt, der Hauptumsatz in allen Metzgereien sind."

„Liebe Frau Lehmann, ehrlich gesprochen, nach diesen Aufklärungen kann ich Ihnen kein Unrecht geben, man sieht, daß sachliche Aufklärungen besser wirken als alles sonstige Gerede."

„Das will ich meinen, liebe Frau Schmitz, jedoch eins will ich Ihnen zum Schluß nicht vorenthalten. Ihre Leitung erklärte, noch keiner hätte uns erzählt, was der Metzger in die Wurst tut. Wäre es nicht besser gewesen, liebe Frau Schmitz, dieses Thema überhaupt nicht berührt zu haben. Nun bin ich jedoch im Interesse meines Metzgers gezwungen, Ihnen Sachen zu erzählen, worüber ich bisher geschwiegen habe, auch weiter geschwiegen hätte, allerdings nicht aus Sympathie. Mein Metzger „tut" nichts in die Wurst, sondern er verarbeitet nach gründlicher, fachmännischer Vorbereitung nur solche Ware zu Wurst, die das Tageslicht nicht zu scheuen braucht. Wissen Sie denn nicht, liebe Frau Schmitz, daß Ihre Leitung bei der Staatsanwaltschaft Münster angeklagt ist, vollständig verdorbene Ware zu Wurst verarbeitet zu haben? Die bevorstehende Gerichtsverhandlung wird ja bald Klarheit über diese Angelegenheit bringen. Auf jeden Fall erscheint es mehr als eigentümlich, daß bei der diesbezügl. polizeilichen Vernehmung die Gehilfen, die noch von der Leitung abhängig sind oder glauben es zu sein, die Aussage verweigerten, während alle anderen sie nur belasteten. Ich sehe, Frau Schmitz, daß Sie sehr entsetzt sind, und will von weiteren Anschuldigungen absehen. Nun noch eins, liebe Frau Schmitz, es ist leicht, mit fremdem Geld zu wirtschaften, allerdings ist es noch leichter, wenn man Unsummen verwirtschaftet hat, neues Geld von den Genossen hereinzuholen, um überhaupt weiter wirtschaften zu können. Sie glauben doch nicht, daß es eine Kunst ist, einen größeren Betrieb zu leiten, wenn man aus dem „Vollen" schöpfen kann. Und dann, Frau Schmitz, nicht 30,00 Mark, sondern 60,00 Mark haben Sie in Ihr sogenanntes eigenes Geschäft, wo Sie doch wahrlich nichts zu sagen haben, sondern nur die Ware nehmen müssen, die Ihnen gegeben wird, eingezahlt. Sagen Sie mir nun doch mal, wo steckt der Vorteil, wenn Sie von diesen 60,00 Mark nur 20,20 Mark und erst nach Jahresfrist zurückerhalten. Ich glaube, daß diese Ausführung doch manchen Ihrer jetzigen Anhänger zum Nachdenken veranlassen wird. Der schmutzige Anwurf mit dem angeblichen Bocholter Sprichwort von den „fetten Gänsen" zeugt von einer derartig schlechten Kinderstube, mit der kein Bocholter Arbeiter etwas gemein haben kann noch will. Auch diese Aufklärung, liebe Frau Schmitz, die Ihre Leitung nach Belieben „Gequassel" nennen kann, darf sie ruhig zu weiteren Reklamezwecken benutzen."

„Auf Wiedersehen, Frau Schmitz!"

„Auf Wiedersehen, Frau Lehmann!" (968

Aus Kunst und Leben.

Zum 2. Konzert des Instrumentalvereins.

Was sagt uns Beethovens Pastoral-Symphonie?

Mit den Gedanken eines Tondichters vertraut zu sein, die seinen Tonwerken zugrunde liegen, bedeutet Erleichterung des Verstehens und, was wertvoller ist, Steigerung des Genusses. Wir bringen daher folgenden Auszug aus Kretschmars Konzertführer über die Pastoral-Symphonie, die am morgigen Freitag im Konzert des Instrumentalvereins zur Aufführung gelangt:

Die Pastoral-Symphonie gehört der Programmusik an und ist ein Idealwerk dieser Richtung. Beethoven hat in keinem seiner Werke seinem Wohlgefallen an Wachtelschlag und Waldesrauschen, seiner Liebe zu Gottes freier Schöpfung einen glänzenden Ausdruck gegeben. Im 1. Satz wird das Erwachen heiterer Empfindungen bei der Ankunft auf dem Lande geschildert. Beethoven beschränkt sich darauf, nur den Empfindungen, den inneren Gefühlen Ausdruck zu geben, die das Landleben erregt. Den 2. Satz nennt Beethoven „Szene am Bach". Der Tondichter führt uns an den sonnigen Waldbach dahin. Wir sehen die glitzernden Wellen gleiten, hören ihr melodisches Gemurmel. Tausende Lichter blitzen durch die Bäume; von ihren Zweigen, ihren Gipfeln schallen kleine zarte Stimmen; es neckt sich, es lockt sich; es lebt im Laub und im Grase; der Kuckuck ruft, die Wachtel, die Nachtigall, der Goldammer. Im 3. Satz wird ein lustiges Zusammensein der Landleute geschildert. Munter und leichtfüßig eilt das junge Volk herbei. Sofort wird auch der Vorschlag zu einem Tänzchen gemacht. Und nun beginnen jene drolligen Szenen, in welchen Beethoven sich als Bauernmaler mit vollendetem Humor und weitgehender Realistik neben und über die anderen Größen seines Faches stellt. Es beginnt (Presto) die Wiederholung des Hauptsatzes, aber sie wird schon bald durch eine Generalpause unterbrochen. Augenscheinlich macht sich etwas Bedenkliches bemerkbar. Doch bald ist man wieder im alten Geleise. Aber kaum hat die Dorfmusik wieder eingesetzt, da hört man in der Ferne einen Donnerschlag. Man flüchtet, ruft ängstlich und klagend durcheinander. Das Grollen des Donners wiederholt sich, rückt näher, und nun im Fortissimo bricht das Wetter los. Aber so gewaltig Beethoven im Auftürmen und Drohen bis zum Höhepunkt des Unwetters war, so rührend teilt und glättet er nun die Wogen und lenkt zum letzten Teil der Symphonie über, dem Hirtengesang (Allegretto), der unmittelbar an das Gewitter anschließt. Der „Hirtengesang" schildert frohe und dankbare Gefühle nach dem Sturme. Er tut es mit frommem, innigem Gesang, mit Wendungen in das muntere Gebiet und mit mancher sinnigen Anspielung an Motive des ersten und zweiten Satzes.

Geschäftliches.

Eine beachtenswerte Neuerung in der Zahnbehandlung.

Der staatlich geprüfte Dentist Röding, der sich vor kurzem in Bocholt (Langenbergstraße 21) niedergelassen hat, machte uns darauf aufmerksam, daß es ihm nach langjährigen Versuchen gelungen sei, eine Methode der Zahnbehandlung zu finden, die gegenüber der bisherigen allgemein geübten Behandlung einen bedeutenden Fortschritt bedeute. Vor allem ziele er darauf hin, die Behandlung möglichst dem idealen Zustand der Schmerzlosigkeit anzunähern. Wir nahmen Gelegenheit, diese Behandlungsmethode unter Hinzuziehung eines weiteren anerkannten Dentisten in Augenschein zu nehmen. Er war einfach frappierend, was uns da an Patienten praktisch demonstriert wurde. Schon rein äußerlich unterschied sich diese Behandlung grundlegend von der bisher gewohnten, indem zur Herabminderung der Empfindung ein Hochfrequenzstrom benutzt wird. Bei den vorgeführten Zahnbehandlungen wurden kranke Zähne in einer kurzen Sitzung wiederhergestellt, und zwar wurde der erkrankte Nerv (Pulpa) entfernt, der Zahn präpariert und gefüllt, ohne daß die Patienten nennenswerte Schmerzbelästigung geäußert hätten. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil dieser Behandlungsmethode liegt auch in der verhältnismäßig kurzen Zeit, die sie in Anspruch nimmt. Wenn nicht alles trügt, wird durch diese neue Methode die Zahnbehandlung in vollkommenere Bahnen geleitet zur Freude all derer, die jetzt noch vor dem Zahnarzt so große Angst haben.

Verantwortlich für den Inhalt: Für Politik Chefredakteur Dr. Meier für Feuilleton Josef Hom, für Westdeutschland Fr. Schuhmacher für Handel und Sport Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Bernhard Kupis, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Häfner, Berlin-Lichterfelde. Verlag: J. & H. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Heinr. Schmitt, Bocholt. Für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Büser, Bocholt. Druck: „Ems" G. m. b. H., Münster i. W.

†

Das Sechswochenseelenamt
für den verstorbenen Herrn
Heinrich Temming
und
das Jahresseelenamt
für den verstorbenen Herrn
Amandus Temming
findet statt am Freitag morgen 8¼ Uhr in der St. Georgius-Pfarrkirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

†

Das Sechswochenseelenamt
für den verstorbenen
Heinrich Hübers
findet statt am Samstag morgen ½7 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu freundl. eingeladen wird. [952g

†

Das Jahresseelenamt
für den verstorbenen
Heinrich Schmeink
Massum
findet statt am Freitag morgen 8¼ Uh in der St. Josefskirche, wozu freundl. eingeladen wird. [293g

Danksagung.

Für die anläßlich des Todes meines lieben Mannes, unseres guten Vaters erwiesene Teilnahme sowie für die vielen schönen Kranzspenden sage ich allen, insbesondere den Vereinen, recht
herzlichen Dank. [949g

Wwe. Dietrich Lucas und Kinder.

Molkerei Bocholt.

Vor der am Freitag, dem 24. Februar, stattfindenden Generalversammlung findet ab 1 Uhr die Besichtigung der Molkerei statt.

RESTE
und Abschnitte.
Schlusstage des billigen Reste-Verkaufes
Donnerstag, Freitag, Samstag.
An diesen letzten Tagen bringen wir ganz Besonderes, u. a. große Posten Fabrikreste
fabelhaft billig!

BETTEN

von bekannter Güte bringen wir jetzt zu außergewöhnlich niedrigen Preisen:

Fertige Oberbetten
1½ schl., mit 6 Pfd. Federn
M. 14.- 17.50 22.- usw.

Fertige Oberbetten
2 schl., mit 8 Pfd. Federn
M. 19.50 27.- 36.- usw.

Kissen mit 2 Pfd. Federn
M. 2.45 2.85 3.50
5.75 7.50 9.50

Billige Bettfedern
Wildfedern Pf. 55 75 95 ₰
Gute Federn Pf. 1.75 2.25 2.95
Reine Gänsefedern Pfd. 3.95

Steppdecken
auf beiden Seiten Satin 7.50
mit k'seiden. Damast 12.50

Waffelbettdecken
mit Knüpffranzen . . . 3.45

Schlafdecken in Wolle u. Baumwolle enorm billig!

Metallbettstelle
m. Sprungfedermatr. weiß lackiert . . M. 17.50

Kind.-Holzbettstelle
70 x 140 weiß lackiert 19.50

Auflegematratze mit Alpengrasfüllung 4teilig . . . . . M. 19.75

Auflegematratze
4teilig aus Ia. Drell 24.75

Schlaraffia-Matratzen D. R. P.

9576

S. B. LÖWENSTEIN

Für die Fastenzeit!
Empfehle:
sämtliche Sorten
Käse
wie Holländer-, Schweizer-, Tilsiter-, Emmentaler-, Edamer-, Kamembert-, Limburger- und Kräuterkäse sowie Delikateßkäschen.
Täglich frischer
Speisequark und feinste Süßrahmbutter.
Sämtliche [299g
Kolonialwaren
zu äußerst billigen Preisen.
Auf Kolonialwaren **5 Prozent Rabatt.**
Heinrich Hendriks
früher Blömker. Osteratr. 54.

Würmer
haben Ihre Kinder! Opfermanns
Kinderwurmkur
hilft sicher und nehmen sie gern.
Schachtel 0.75.
Drogerie Maaß, Osteratr. 22. Ruf 3328.

Schreibtisch
geg. Barzahlung sof. zu kaufen gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

200 Zentner erstkl. gedüngtes [945g
Wiesenheu
billig zu verkaufen.
Tekniepe,
Gut Brinkmann, Sport, Telefon 2534.

2 leere [298b
Zimmer
an alleinstehende Person zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Aus unserem Strumpf-Angebot!

Damen-Maccostrümpfe	mit Doppelsohle und Ferse —.85 —.65	**-.40**
Damenstrümpfe	echt ägyptisch Macco, gute Qualität 1.90	**1.20**
Damenstrümpfe	bestes Macco, extra schwer . . .	**1.60**
Damenstrümpfe	Waschseide plattiert, gute Qualität 2.95	**1.85**
Damenstrümpfe	Waschseide 1.25	**-.95**
Damenstrümpfe	Waschseide, schöne feinfädige Qualitäten . . . . . 2.— 1.90	**1.50**
Damenstrümpfe	„Celta"-Waschseide, besonders gut und preiswert	**1.75**

bei [955i

J. & F. Biergans

Zur Fastenzeit empfehlen wir:
Täglich frische, rote
Lachsschnitzel
¼ Pfd. 40 Pfg
gemischte
Lachsschnitzel
¼ Pfd. 20 Pfg.
Bettger & Co.
Markt 6. Tel. 3208.

Ladenlokal
mit Wohnung und Werkstatt, in der Hauptstraße gelegen, sofort oder zum 1. April zu **mieten gesucht.** [915b
Offerten erbeten unt. Nr. 915 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kinderl. Ehepaar sucht
3 Zimmerwohnung
zum 1. April. [294b
Gefl. Offerten m. Preisangabe erbeten unt. Nr. 294 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Junge
von 14 bis 16 Jahren, am liebsten Landwirtssohn, gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Zum 1. März tüchtig.
Mädchen
für Hausarbeit ges.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein schulentlassenes
Mädchen
vom Lande, von kleinem Landwibt für sof. od. später gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl. und bei J. Heinrichs, Rhede.

Mädchen
vom Lande, 21. Jahre alt, kath., sucht zum 15. März Stellung in Küche und Haushalt. Selbiges war 3 Jahre in besserem Haushalt tätig.
Näheres zu erfragen bei Aussteuerhaus H. Doeinck, Nobelstr.

Suche zum 1. März und zum 1. Mai ein braves, kath. [956
Mädchen
Heinrich Baumann, Helderloh b. Haldern, Telefon Isselburg 51.

Gummiböschen
Gummiunterlagen
beste Qualität, sehr preiswert.
Drogerie Maass
Osterstr. 22.

Thams & Garfs
Kaffee- und Tee-Werbetage

In der Zeit von Donnerstag, den 26. Febr. bis einschl. Samstag, den 7. März
veranstalten wir unsere Werbetage

und verabfolgen beim Einkauf von entweder
1 Pfd. Kaffee oder ½ Pfd. Tee
oder ½ Pfd. Kaffee und ¼ Pfd. Tee
1 Markttasche
oder 1 Blumenvase
oder 1 Pfund Würfelzucker

Beim Einkauf von
½ Pfd. Kaffee oder ¼ Pfd. Tee
eine 100-Gr.-Tafel Vollmilchschokolade
oder ½ Pfd. Würfelzucker.

Beim Einkauf von
¼ Pfd. Kaffee oder ⅛ Pfd. Tee
1 Tafel Schokolade.

Die bekannten Gutscheine bezw. Rabattmarken geben wir in der bisherigen Weise.

Auf Wunsch wird statt Gratiszugaben eventl. eine entsprechende Anzahl Gutscheine bezw. Rabattmarken verabfolgt.

Unsere Röstkaffees
sind von ersten Fachleuten auf Grund jahrelanger Erfahrung sachgemäß zusammengestellt und erfreuen sich allgemein immer mehr steigender Beliebtheit. Jede einzelne Sorte hat einen eigenen Charakter, so daß wir in der Lage sind, jeder Geschmacksrichtung gerecht zu werden. [951e

Brasil-Mischung	Pfd. RM.	2,20
Santos-Mischung	„ „	2,40
Dreinull-Mischung	„ „	2,60
Konsum-Mischung	„ „	2,80
Haushalt-Mischung	„ „	3,00
Hausmarke-Mischung	„ „	3,20
Hamburger Mischung	„ „	3,40
Westindische Mischung	„ „	3,80
Perl-Mokka Nr. 12	„ „	3,60

Thams & Garfs
fachmännisch zusammengestellte Teesorten:

Ostfriesische Mischung	Pfd. RM.	5,80
Darjeeling-Orange-Pecco	„ „	6,60

Tee in Packungen:

Java-Pecco-Mischung	50 Gr. RM.	0,60
Ostfriesische Mischung	„ „ „	0,70
Russische Mischung	„ „ „	0,80
Ceylon-Mischung	„ „ „	0,90
Darjeeling-Mischung	„ „ „	1,00

Wir weisen nachdrücklichst darauf hin, daß die obigen Werbegeschenke weder im Preis der Ware einkalkuliert sind, noch daß dadurch die Qualität der Ware irgendwie beeinflußt wird. Wir verabfolgen die Werbegeschenke trotz der hohen Unkosten völlig umsonst, um immer weitere Kreise unserer Kundschaft von unseren in allen Preislagen vorzüglichen Qualitäten zu überzeugen. — Wir empfehlen, diese günstige Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen.

Hamburger Kaffeelager
Thams & Garfs m.b.H.
Nordstraße 31. Lieferung frei Haus! Fernruf 3307.

Bekanntmachung

Am 2. März 1931 findet auf Anordnung der Reichsregierung eine Schweinezwischenzählung statt. Die Zählung dient nicht irgendwelchen steuerlichen, sondern lediglich statistischen und volkswirtschaftlichen Zwecken. Die Zählung wird in der Stadt Bocholt durch besonders beauftragte Zähler ausgeführt. Die Haushaltungsvorsteher werden ersucht, den Zählern die Schweinebestände vollständig anzugeben. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß wissentlich unvollständige Angaben gerichtlich verfolgt werden. [953g

Bocholt, den 25. Februar 1931.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung

Der Maler Michael Berg zu Barlo Nr. 125 hat die Genehmigung zur Ansiedelung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Barlo belegenen Grundstücke Flur D Parzelle 877/88 und 880/87 der Katastergemeinde Barlo beantragt. [297e

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 10. August 1904 wird dieser Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten u. Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei dem Kreisausschuß in Borken Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich auf Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- und Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Barlo, den 24. Februar 1931.
Der Gemeindevorsteher:
Wittag.

Vorsorgliche Mütter
geben ihren Kindern
Lebertran-Emulsion
Sie wird aus bestem norwegischem Dorsch-Lebertran, Kalk, Phosphorsalzen und Geschmackzusätzen hergestellt, ist **vitaminhaltig** und schmeckt ausgezeichnet.
Flasche 1.75, 2.—, 3.—.
Drogerie Bruns, Nordstr. 22. Ruf 2746.

Anzeigenpreis für den 1spaltige Millimeter: 12 Pfg. lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche Anzeigen, parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2,55 Reichsmark. Einzelpreis 10 Pfg. Erscheint täglich in Bocholt. Bei Klagerhebung fallen jeder Rechtsanspruch fort.

Wir empfehlen: [960g
Allerfeinsten Angelschellfisch
Prima Kabeljau
Feinsten Schellfisch ohne Kopf
Prima Filetfisch
Ia. Bratschellfisch
Lebend frischen **Rheinhecht**
Ia. Stockfisch
Sardellen, Sardellenfilets
in jeder Preislage.
Ferner empfehlen wir unsere **acht engl. Matjesheringe, prima holländische Vollheringe.**
Räucherwaren:
Rheinaal, Schellfisch, Bückinge, per Pfd. 0.30, **Kieler Sprotten, Lachsheringe, Lachs in Stücken.**
Allerfeinste Bratbückinge.
Bettger & Co., Markt 6. Telefon 3208.

Achtung!
Habe am Freitagmorgen in meinen Stallungen in Dingden (963e
Ia. Futterschweine
vorrätig.
Niedrigste Tagespreise.
Friedrich Buers, Dingden,
Fernruf Ringenberg 106.

Wir suchen tüchtigen
Vertreter
für den Ausbau einer Angestellten-Krankenkasse. Bei entsprechenden Erfolgen Aussicht auf angenehme Dauerstellung. [20259g
Angebote unter A. K. 228 an die Ann.-Exped. Rudolf Herweg & Co., Düsseldorf.

Brillen
werden fachgemäß angefertigt beim
Fachoptiker Ganten
Ravardistraße 16. [901e
Lieferant sämtlicher Kassen.